

SOS Innere Sicherheit - NOTRUF x 133

133 symbolische Notrufe der Exekutive an die Bevölkerung

An und für sich ist die Exekutive dazu da, die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten. Dies tut Sie dank der hervorragenden Arbeit der österreichischen ExekutivbeamtenInnen nach wie vor, doch die Arbeitsumstände sind mittlerweile unzumutbar geworden und die Sicherheitsstandards in Österreich sind nicht mehr lange zu halten, wenn die Regierung und insbesondere Innenminister Strasser am gegenwärtigen Kurs des Kaputtsparens, der Zerschlagung, Demotivierung und Verunsicherung festhalten.

Notruf 133 – das ist in den letzten Jahrzehnten zu einem Symbol für die gute Zusammenarbeit zwischen Bevölkerung und Exekutive geworden.

Nun ist aber die paradoxe Situation eingetreten, dass die Exekutive einen Notruf an die Bevölkerung ablassen muss, um sich Gehör zu verschaffen.

Die SPÖ unterstützt sie in diesem Unterfangen, daher hat sie zur Verdeutlichung der Problematik in Zusammenarbeit mit den Personalvertretungen der Exekutive einen ganzen Notruf-Katalog erstellt.

Angelehnt an das Symbol „Notruf 133“ wurde ein Katalog von 133 symbolischen Notrufen erstellt, der keineswegs Anspruch auf Vollständigkeit besitzt, aber der Bevölkerung einen Querschnitt der Problemen, mit denen Österreichs ExekutivbeamtenInnen derzeit zu kämpfen haben, bieten soll.

Zuwenig Budget für die Innere Sicherheit

1. Die schwarzblaue Regierung leitete ab 2000 einen Paradigmenwechsel in der Österreichischen Sicherheitspolitik ein. Erstmals wurde der Sicherheitsapparat nicht von den Sparzwängen ausgenommen, wodurch eine folgenschwere Fehlentwicklung eingeleitet wurde, die bis heute ungebrochen anhält.
2. Besonders in den ersten Budgetjahren der schwarzblauen Regierung wurden die Etats für die Innere Sicherheit zugunsten des Einmaleffektes eines „Nulldefizits“ dramatisch heruntergeschraubt. In drei Budgetjahren wurden der inneren Sicherheit insgesamt 160 Millionen € (2,2 Milliarden Schilling) entzogen.
3. Auch die Budgetmittel für das Jahr 2005 für den Bereich der Inneren Sicherheit sind trotz der angespannten Personallage und der rasanten Steigerung der Kriminalität unter 3 % des Gesamtbudgets abgesunken, und das, obwohl das Nulldefizit längst in weite Ferne gerückt ist.

Personalabbau

4. Seit dem Jahr 2000 erfolgte ein sukzessiver Personalabbau von 3000 Planstellen, was eine personelle Aushungerung der Basisdienststellen zur Folge hatte. Alleine bei der Gendarmerie wurden 1600 Planstellen abgebaut.
5. Ein verheerender Personalengpass entstand auch in allen Bundesländern. In der Bundeshauptstadt Wien gibt es heute um 600 SicherheitswachebeamtenInnen und 150 KriminalbeamtenInnen weniger als 1999.
6. Weiterer Wegfall von 900 E 2a-Planstellen im Gendarmeriebereich im Zuge der Team 04-Reform.
7. Trotz des dramatischen Personalnotstandes bei der Exekutive schickte man 2003 zusätzlich zum natürlichen Abgang von etwa 700 noch weitere 500 BeamtenInnen in die vorzeitige Pension.
8. Die von Innenminister Strasser angekündigte Absicht 400 Bedienstete aufzunehmen, ist ein Tropfen auf den heißen Stein und trägt nichts zur Entspannung der derzeitigen Situation bei. Diese BeamtenInnen stünden dem Sicherheitsdienst frühestens nach erfolgter Ausbildung in 2 Jahren zur Verfügung.
9. Jährlich verliert der Exekutivapparat im Schnitt nach Ministeraussagen etwa 540 KollegInnen, nach Erfahrungen der Gewerkschaft aber 700 KollegInnen durch natürliche Abgänge (Pension, Krankheit, Tod), ohne dass dies durch eine entsprechende Zahl von Neuaufnahmen auch nur annähernd ausgeglichen werden kann.
10. Die Zahl der Planstellen und die des tatsächlich verfügbaren Personals auf den einzelnen Dienststellen klaffen meilenweit auseinander. Es gibt kaum eine Dienststelle in Österreich, die über jenes Personal verfügt, das auf dem Papier zur Verfügung steht.

11. Durch Zuteilungen zu anderen Einheiten (BKA, Cobra, etc.) klappt die Schere zwischen der Zahl der Planstellen und der Zahl des tatsächlich verfügbaren Personals noch weiter auseinander.
12. Es wird in keiner Weise bei der Festsetzung der Planstellen auf den Umstand Rücksicht genommen, dass es immer mehr weibliche ExekutivbeamtenInnen gibt, die auch Karenzjahre in Anspruch nehmen. Eine verantwortungsvolle Personalpolitik hätte diesem Trend durch zusätzliche Planstellen Rechnung getragen.
13. Auch im Bereich der Verkehrsüberwachung fehlt es an allen Ecken und Enden an Personal, darunter leidet die präventive Arbeit auf Österreichs Straßen.

Sicherheitsstrukturen sind schwer gefährdet

14. Die Auflösung von 119 Gendarmerieposten entgegen den Zusagen von Innenminister Ernst Strasser hinterließ eine nicht zu stopfende Lücke im Sicherheitswesen.
15. Die verunglückte Polizeireform Wien hinterließ demotivierte BeamtenInnen und grobe Sicherheitslücken.
16. Bis zur Polizeireform in Wien war in jedem Kommissariat eine Kriminalabteilung installiert. In diesem war jedem Kriminalbeamten ein Rayon zugewiesen, in welchem man die Bürger sehr gut kannte und über die örtlichen Gegebenheiten bestens Bescheid wusste. Dieses Zusammenwirken wurde zerstört.
17. Die Auflösung der bewährten MEKs (Mobile Einsatzkommanden) bzw. GEKs (Gendarmerieeinsatzkommanden), die sich in den Bundesländern bzw. Landeshauptstädten aufgrund ihrer Ortskenntnis bestens bewährt hatten, stieß auf allgemeines Unverständnis.
18. Am angeblichen „Jahrhundertprojekt Team 04“ wurde zwei Jahre lang herumgebastelt, ohne dass konkrete Verbesserungen herausgekommen sind. Im Gegenteil, der Exekutivapparat war permanent mit sich selbst beschäftigt, was sich negativ auf die Motivation der BeamtenInnen niederschlägt.
19. Bei seinem Amtsantritt meinte Innenminister Strasser: „Eher werden die katholische und die evangelische Kirche zusammengelegt als Gendarmerie und Polizei.“ Wenige Jahre später ist alles anders.
20. Die angebliche Zusammenlegung ist in Wirklichkeit die Neugründung eines ganz neuen Wachekörpers mit völlig anderen rechtlichen Grundlagen als bisher.
21. Das Projekt Team 04 geht nicht auf die völlig anders gelagerten Arbeitsanforderungen und -profile in Stadt und Land ein.
22. Mit der vermeintlichen Team 04-Reform beabsichtigt der Innenminister vor allem 10.000 bis 12.000 Funktionen im Bereich der Inneren Sicherheit neu auszuschreiben. Dadurch wird die Unruhe im Exekutivapparat noch viel größer werden.

23. Durch die Zusammenlegung von Bezirksgendarmeriekommanden mit den jeweiligen Bundespolizeidirektionen (z.B. Bezirk St. Pölten mit der BPD St. Pölten) wird die Zerschlagung der bewährter Bezirksstrukturen in Kauf genommen bzw. beabsichtigt.
24. Die Schließung von Wachzimmern zur Nachtzeit ist voraussehbar, da durch das DZS04 Journaldienste eingeführt werden, wo kein Außendienst vorgesehen ist.
25. Die Zukunft der Sicherheitsverwaltung ist völlig ungewiss.
26. Der Bevölkerung wird vorgegaukelt, durch die etwa 1000 ehemaligen ZollwachebeamtInnen, die 2004 ins BM.I übersiedelten, würden Personallücken gestopft. In Wirklichkeit haben diesen einen Großteil ihrer Aufgaben mitgenommen.
27. Die Zollwache übersiedelte ins BMI, obwohl Finanzminister Grasser und Staatssekretär Finz dies in diversen Schreiben an die MitarbeiterInnen dezitiert ausschlossen.
28. Der Innenminister verabsäumt seit Jahren eine deutliche Aufstockung des Personals bei Bundesasylamt und UBAS, welche die Arbeit der ExekutivbeamtInnen wesentlich entlasten und die Situation im Asylbereich entspannen würde.
29. Innenminister Strasser meint sich durch den Abschluss der 15a-Verträge mit den Bundesländern aus der Verantwortung stehlen zu können. Tatsache ist, dass unter der nach wie vor unklare Situation im Asylbereich auch die Arbeit der Exekutive leidet.
30. Durch das Konzept „Team 04“ droht die WEGA (Wiener Einsatzgruppe Alarm) zu einer bloßen Außenstelle der Cobra neu zu werden.
31. Durch die Übernahme der Kriminalitätsakte wird die Außenpräsenz der uniformierten Polizei um ein Vielfaches verringert.
32. Mit der Einrichtung der sogenannten Schutzzonen, deren Errichtung durch den SPG-Entwurf der Regierung ermöglicht werden soll, wird der Exekutive noch mehr Arbeit erwachsen, ohne dass dafür mehr Personal zur Verfügung gestellt wird.
33. Auch durch die Videoüberwachung öffentlicher Plätze, die durch den SPG-Entwurf der Regierung ermöglicht werden soll, wird der Exekutive noch mehr Arbeit erwachsen, ohne dass dafür mehr Personal zur Verfügung gestellt wird.
34. Die Sektorstreifen sind gefährdet. Diese sind nicht nur für die Bevölkerung wichtig sondern dienen auch der Sicherheit der ExekutivbeamtInnen.
35. Die derzeit durchgeführten U-Bahn-Planquadrate in Wien behübschen lediglich die Statistik und tragen nicht zur Steigerung der Sicherheit der Fahrgäste bei.
36. Die gelegentlich aufflackernden Diskussionen über einen privaten Sicherheitsdienst, der als „U-Bahnpolizei“ tätig sein soll, sind kontraproduktiv. Eine Aufstockung des Personalkontingents der Sicherheitswache in Wachzimmern, die sich in U-Bahnbauwerken befinden, wäre viel sinnvoller. Der jeweilige Wachkommandant könnte unter Absprache mit den Kollegen anderer Wachzimmer in diesen Bereichen Streifen einteilen und so den gesamten U-Bahnbereich abdecken.

37. Bei der Erstellung des Konzeptes „Team04“ gab es keine Einbindung der gesetzlichen Personalvertretung und einen Abbruch der Verhandlungen durch den Innenminister.
38. Finanzminister Grasser ist offensichtlich dermaßen an der Zukunft der Wachekörper interessiert, dass er in seiner Budgetrede den neuen Wachekörper irrtümlich als „Team 04“ bezeichnete. So wurde dies auch in der gedruckten Redeunterlage festgehalten.
39. Für die Konzepterstellung „Team04“ wurde entgegen den Ministeraussagen eine Auswahl handverlesener Gefolgsleute, wo sich Mitarbeiter zwar einbringen konnten, deren Argumente aber weitgehend unberücksichtigt blieben.
40. Die Umsetzung des Projektes Team 04 wird laut Ministeraussagen 8 Millionen an „Anschlusskosten“ verursachen, ohne dass ein Cent davon für eine Steigerung des Personalstandes verwendet wird.
41. Obwohl gegenwärtig der Österreich-Konvent über eine große Verwaltungs- bzw. Behördenreform berät, wurden dessen Erkenntnisse hinsichtlich einer Neustrukturierung der Sicherheitsbehörden nicht abgewartet. Durch die Gründung eines neuen Wachekörpers, irreführenderweise als Zusammenlegung ausgewiesen, wird das Pferd von der falschen Seite aufgezümt.

Ausrüstung, Bewaffnung, Fuhrpark, Infrastruktur

42. Die Ausrüstung und Bewaffnung der Sicherheitswachebeamten ist teilweise mehr als mangelhaft.
43. Die grünen Einsatzhelme der Sicherheitswache entsprechen nicht mehr den österreichischen Sicherheitsstandards und müssen eingezogen werden.
44. Von den weißen Schutzhelmen der Sicherheitswache, die im Unterschied zu den grünen Einsatzhelmen den Sicherheitsstandards entsprechen, sind nicht einmal 1000 zur Verfügung.
45. Der Fuhrpark ist teilweise veraltet und zu klein. Von knapp 5000 Dienstkraftfahrzeugen (inkl. Dienstmotorräder) sind über 1400 älter als 5 Jahre.
46. Ein beträchtlicher Teil der Einsatzfahrzeuge ist in einem desolaten Zustand. Einige Modelle sind mit der mitzuführenden Sonderausrüstung überladen und entsprechen somit gar nicht dem Gesetz. Aussagen von Exekutivbeamten wie „Unser Dienstwagen dürfte eigentlich gar kein Pickerl mehr bekommen“ sind keine Seltenheit.
47. Bei der Exekutive gibt es derzeit 679 KfZ, die einen Kilometerstand von über 200.000 aufweisen und in Verwendung sind.
48. Von 197 Exekutivfahrzeugen, die auf Österreichs Autobahnen beispielsweise am 17.4.2004 im Einsatz waren, hatten mehr als die Hälfte einen Kilometerstand von über 100.000 aufzuweisen, 43 über 200.000, 11 über 300.000 und 2 sogar über 400.000 km!

49. Zeitweilig konnten in den letzten Jahren Motorräder für Zivilstreifen der Exekutive nicht zum Einsatz gelangen, weil die für die Beamten notwendige zivile Bekleidung nicht angeliefert werden konnte.
50. Wenn ein Streifenwagen wegen eines Defektes in die Werkstätte muss, steht in neun von zehn Fällen kein Ersatzwagen zur Verfügung. Folge ist, dass jenes Wachzimmer, dem der zu reparierende Wagen zugeteilt ist, mehrere Tage und oft sogar Wochen kein Fahrzeug zur Verfügung hat.
51. Vermeintliche Neubeschaffungsmaßnahmen, um den Fuhrpark zu erneuern, entpuppten sich als imageschädigende Pannen, wie man an der Citroen-Affäre im Jahr 2002 gesehen hat.
52. Die Bürotechnik ist veraltet und gehört modernisiert und ausgebaut. Hier merkt man auch das "falsche Sparen" an Verwaltungspersonal, da die Kanzleibetriebe nur durch ständige Überstunden aufrecht erhalten werden können.
53. Die EDV-Netzwerke entsprechen längst nicht mehr den am Markt erhältlichen modernen, zeitgemäßen, Produkten. Sowohl PAD-light, KLE als auch Sicherheitsmonitoring könnten nach heutigem Wissenstand anwendungsorientierter konfiguriert werden.
54. Auf die flächendeckende Ausstattung mit EDV-Geräten der aktuellen Generation BAKS 4 wurde 2004 vergeblich gewartet.
55. Die Funkausrüstung ist meist über 15 Jahre alt und am Limit, sie gehört längst modernisiert.
56. Durch das Debakel rund um das Behördenfunknetz ADONIS wurde viel Zeit vergeudet. Darüber hinaus steht dem BMI ein Rechtsstreit mit Streitwert von über 100 Mio. € ins Haus. Alleine für Beraterkosten gab das BMI über 600.000 € aus.
57. Auch das Nachfolgeprojekt BOS scheint sich zu einem Endlosprojekt zu entwickeln.
58. Im Bereich der Flugpolizei werden 2005 nicht einmal 5000 Flugstunden bewilligt, obwohl 6000 erlaubt wären.
59. Die neuen Uniformen für die ExekutivbeamtenInnen werden alleine im Jahre 2005 7 Millionen € kosten. Dadurch fehlt Geld für andere dringend notwendige Anschaffungen im Bereich der Ausrüstung.
60. Die Organisation der medizinischen Versorgung durch die Amtsärzte entspricht nicht den tatsächlichen Erfordernissen. Den Ärzten wird tagsüber kein Fahrer zur Verfügung gestellt, wodurch sich die Anfahrt zum Einsatzort erheblich verzögert.
61. Die Wartezeiten für die Behandlung von sogenannten „Wohnungspsychosen“ betragen oft mehrere Stunden.
62. Bei Leichenkommissionierungen muss der Funkwagen oft stundenlang auf den Amtsarzt warten und kann während dieser Zeit nicht anderswo zum Einsatz gelangen.

63. Die Infrastruktur bei Gebäuden, Möbel, Aufzügen (z.B. im 10. Wiener Gemeindebezirk gab es monatelang keinen funktionierenden Aufzug für behinderte und alte Menschen, die als Raubopfer zu den Kriminalbeamten im 5. Stock kommen mussten) ist meist veraltet.
64. Ausgliederung von Institutionen in die Privatwirtschaft (z.B. Verkauf der Flugrettung und Werkstättenauflassung).

Schlechte Arbeitsbedingungen für Österreichs Exekutive

65. Durch den Mangel an Personal werden die vorhandenen BeamtInnen schonungslos ausgebeutet. Ständige zeitliche Mehrbelastungen gehen auf die Substanz der arbeitenden Kollegen und Kolleginnen. Frust und häufigere Krankenstände sind die Folge.
66. Die Verschlechterung des Dienstsystems für Gendarmerie, Polizei und Kriminalpolizei durch die beabsichtigte Einführung des DZS 04 und dadurch soziale und finanzielle Schlechterstellung der Beamten/-innen.
67. Die ExekutivbeamtInnen werden hinkünftig an zwei bzw. noch mehr Wochenenden pro Monat Dienst verrichten müssen.
68. Trotz negativer Reaktionen auf die Erprobung des neuen Dienstzeitsystems DZS04 ist keine Bereitschaft seitens des Ministers zu Änderungen erkennbar.
69. Aufgrund der Überalterung der Exekutive sind oft über Sechzigjährige dazu angehalten, etwa spät nächtens Streits unter Jugendlichen in Diskotheken zu schlichten.
70. Ungeachtet dessen kann sich der Sicherheitssprecher der ÖVP vorstellen, dass ExekutivbeamtInnen bis 65 Außendienst machen könnten (Pressekonferenz Abg. Köbl, 15.4.2003)
71. Ehemalige Zollwachebeamte haben an Österreichs Staatsgrenzen (zum Beispiel in Vorarlberg) an manchen Grenzstellen bis zu 15 Nachtdienste innerhalb eines Monats abzuleisten. Dies ist völlig unzumutbar!
72. Trotz vollmundiger Versprechen der FPÖ ist kein Exekutivdienstgesetz in Aussicht.
73. In der „Schwerarbeiter-Rangliste“ der Berufsgruppen, die bei den Verhandlungen zur Pensions-Harmonisierung zu Rate gezogen wird, steht die Berufsgruppe der Exekutivbeamten nur an 65. Stelle.
74. Die Regierung beschränkt sich in der Beurteilung der Arbeit der ExekutivbeamtInnen ausschließlich auf den Faktor „Schwerarbeit“. Es wird dabei nicht Bedacht darauf genommen, dass die ExekutivbeamtInnen eine der wenigen Berufsgruppen sind, die Gefahrenpunkte aufsuchen und dort auch verharren müssen.

75. Abgesehen von der schlechten Klassifizierung des Berufsstandes der ExekutivbeamtenInnen sind die Verhandlungen über eine SchwerarbeiterInnen-Regelung noch nicht abgeschlossen und die Regelung selbst kommt laut Regierungsentwurf zur Pensionsharmonisierung erst ab 1. Jänner 2007.
76. Für die jüngeren ExekutivbeamtenInnen gibt es auf Jahrzehnte hin keine Karriereperspektiven mehr.
77. Noch immer gibt es kein durchgängiges Ausbildungssystem für die ExekutivbeamtenInnen.
78. Noch immer gibt es keine Fachmatura für ExekutivbeamtenInnen.
79. Noch immer gibt es keine Fachhochschule für ExekutivbeamtenInnen.
80. Die Sicherheitsakademie (SIAK) in Traiskirchen stand viele Monate leer, wodurch wertvolle Zeit und Ressourcen für die Ausbildung bzw. Fortbildung vergeudet wurden.
81. Es finden kaum Fortbildungskurse (Wachkommandant, Kriminalfachbearbeiter, Kriminalbeamter und leitende Beamte etc.) statt.
82. Das Überstundenkontingent wurde auf Druck der FSG zwar für 2004 und 2005 um 3 Millionen € erhöht, dies ist aber viel zu wenig, um damit das Auslangen zu finden.
83. Zwei Drittel der Wiener ExekutivbeamtenInnen müssen zur Arbeit einpendeln. Durch das vom Team 04 vorgesehene neue Dienstsysteem ist zu befürchten, dass sie hinkünftig nicht 15mal pro Monat, sondern bis zu 20mal einpendeln müssen.
84. immer öfters Zeitausgleich statt Überstunden
85. höhere Besteuerung der Gefahrenzulage (bei 40%iger Gefahrenzulage)
86. Minus 20 % des Aktivbezuges aufgrund eines Unfalls außerhalb des Dienstes oder einer Krankheit
87. Abschläge auch bei Dienstunfall und dauernder Erwerbsunfähigkeit
88. Die Anhebung des Pensionsalters wirkt sich auch negativ auf etwaige Jubiläumsgewährungen aus.
89. Kürzung der Reinigungspauschale
90. Nichtvergütung von Reisegebühren
91. Über die zugesicherte E2b-Zulage herrscht nach wie vor völlige Unklarheit
92. Selbst die Verpflegung der ExekutivbeamtenInnen ist nicht mehr überall sichergestellt. Im Amtsgebäude Schottenring z. B. gibt es für die mehreren 100 Bediensteten keine Möglichkeiten Speisen und Getränke zu erwerben. Die Kantine wurde vor einem Jahr geschlossen und seitdem nicht mehr geöffnet.

Kriminalität und Kriminalitätsbekämpfung

93. Die Kriminalstatistik wird von Jahr zu Jahr verheerender. 1999 lag die Gesamtzahl der Delikte noch unter 500.000. 2004 werden es bereits über 700.000 sein.
94. Die bundesweite Aufklärungsquote sinkt rasant. Lag sie 1999 noch bei über 50%, so betrug sie 2003 nur mehr 38,5 %. Tendenz weiter sinkend.
95. In der Bundeshauptstadt Wien beträgt die Aufklärungsquote bereits unter 27 %.
96. In Niederösterreich stieg die Gesamtzahl der Delikte von 1999 auf 2003 von 77.099 auf 87.819.
97. In Oberösterreich stieg die Gesamtzahl der Delikte von 1999 auf 2003 von 72.438 auf 79.206.
98. In der Steiermark stieg die Gesamtzahl der Delikte von 1999 auf 2003 von 55.917 auf 65.685.
99. In Salzburg stieg die Gesamtzahl der Delikte von 1999 auf 2003 von 33.489 auf 37.831.
100. In Tirol stieg die Gesamtzahl der Delikte von 1999 auf 2003 von 41.719 auf 51.508.
101. In Kärnten stieg die Gesamtzahl der Delikte von 1999 auf 2003 von 28.731 auf 31.673.
102. In Vorarlberg stieg die Gesamtzahl der Delikte von 1999 auf 2003 von 17.525 auf 21.283.
103. Im Burgenland sank zwar die Gesamtzahl der Delikte von 1999 auf 2003 von 12.032 auf 11.191, dafür stieg die Zahl der Verbrechen enorm, und zwar von 1.827 auf 2.321 und die Aufklärungsquote sank von 59,9 % auf 48,5%.
104. In Wien stieg die Gesamtzahl der Delikte von 1999 auf 2003 von 154.296 auf 257.090, also um über 100.000 Delikte!
105. Kriminalbeamte werden seit der Umstrukturierung in Wien mit der Aktenflut nicht mehr fertig. Die Folge davon ist, dass viele Akte zu verjähren drohen.
106. Es ist infolge der angespannten Personalsituation nicht mehr möglich bei kleineren Strafsachen Nachforschungen zu betreiben.
107. Immer wichtiger wird der Sachbeweis. Es wird zu wenig mit der Wissenschaft zusammengearbeitet, es gibt kaum Kooperationen und Forschungsprojekte mit Universitäten oder technischen Instituten, wie es heute weltweit üblich ist.
108. Der Erkennungsdienst bzw. die Kriminaltechnik des Bundeskriminalamtes gehört modernisiert und ausgebaut. Mehr Wissenschaftler gehören dort beschäftigt.

109. Obwohl die ExekutivbeamtenInnen besser denn je arbeiten, was man anhand der gestiegenen absoluten Zahl von geklärten Fällen belegen kann, ist aufgrund des Personalmangels das Arbeitsergebnis niederschmetternd.
110. Im Bereich der Kriminalpolizei sind für die Erstellung von Fingerprints oft nicht genügend Folien vorhanden, sodass es in den letzten Jahren wiederholt zu Engpässen gekommen ist, die die Arbeit erschweren.
111. Im Bereich der Kriminalpolizei war in den letzten Jahren teilweise schon ab April kein Geld mehr für die Auswertung von auf Tatorten abgenommenen DNA-Spuren vorhanden.
112. Keine geeigneten Einvernahmeräume im BKA
113. Die EDV-Ausstattung ist auch im BKA mangelhaft, Server und Netz sind ständig überlastet
114. Es gibt keine auf den praktischen Dienstbetrieb abgestellte Formularesammlung.
115. Es gibt keinen ständig anwesenden Amtsarzt
116. Keine Handzellen bzw. Häftlingszellen, obwohl immer wieder Häftlinge ins BKA gebracht werden.
117. Die Budgetmittel, die für die Prävention aufgewendet werden, sind nach wie vor sehr niedrig. Sie werden 2005 nur 2.321.000 € betragen, das sind gerade einmal 0,12 Prozent des Gesamtbudgets.

Umgang des Innenministers mit Recht und Verfassung

118. Viele KollegInnen der Exekutive stört, dass der Innenminister, der einen Eid auf die Verfassung geleistet hat, diese mit flapsigen Sprüchen in Frage stellt. „Was recht ist, muss nicht gut sein“ (20. Oktober 2004).
119. Die Exekutive, die für eine erfolgreiche Arbeit auf entsprechend klare Gesetze angewiesen ist, hat unter der schlampigen Legistik der schwarzblauen Bundesregierung besonders zu leiden. Besonders im Bereich des Inneren wurden eine ganze Reihe von Gesetzen vom VfGH aufgehoben (z. B. § 80 Sicherheitspolizeigesetz, § 4 Asylgesetz)
120. Dutzende Verfahren wurden vom Verwaltungsgerichtshof wegen rechtswidriger Postenversetzungen und Ruhestandsversetzungen aufgehoben.

Umgang des Innenministers mit seinen MitarbeiterInnen

121. Diktatorisches Vorgehen durch den Hr. BM bei der Absetzung der Führung von Gendarmerie, Polizei und Kriminaldienst im Zuge der BM.I-Reform.
122. Zwangsweise Ruhestandsversetzung von 3 Landesgendarmeriekommandanten und anderen Beamten. Diese von der VP/FP-Regierung eingeführte Gesetzesstelle wurde zwischenzeitlich vom VfGH aufgehoben.

123. Abhalfterung des Gendarmeriegenerals bzw. des Polizeigenerals von Wien, nur weil sie Kritik an den Personalkürzungen des Ministers übten.
124. Vertreibung exzellenter und hochkompetenter Fachbeamter und Legistiker aus dem BMI.
125. In der ganzen Welt anerkannte führende Kriminalbeamte wurden in untere Ebene verbannt.
126. Politisch motivierte Planstellenbesetzungen bis auf die Ebene der Verwendungsgruppe E 2a (A 3/C-Beamte) im Zuge der Reformen.
127. Einführung von Mischausschreibungen bzw. Quereinstieges und dadurch Möglichkeit der politischen Besetzung von Spitzenpositionen durch im Exekutivdienst minder qualifiziertes Personal. Dadurch Verminderung der Aufstiegschancen für E 1- und E 2a-BeamteInnen.
128. Falschaussagen des Ministers gegenüber den Medien - ein Gendarmerieposten kann keinesfalls 16 Stellvertreter laut OGO/GP aufweisen (GP – Höchstzahl ab Systemisierung von 41 Beamten/-innen = Pkdt, 3 Stv und 11 SB // Greko/GÜP – Höchstzahl ab Systemisierung von 121 Beamten/-innen = Kdt, 4 Stv und 14 Sb).
129. Ständige Desavouierung der ExekutivbeamteInnen durch den Bundesminister („Weniger Häuptlinge, mehr Indianer“)
130. Einführung eines einseitigen Propagandamittels (= BM.I aktuell im Intranet)
131. Der Bundesminister lässt seinen MitarbeiterInnen und PersonalvertreterInnen gravierende Veränderungen im BM.I durch Presseverlautbarungen mitteilen.
132. Durch das unter Minister Strasser neu eingerichtete BIA (Büro für interne Angelegenheiten) wurde ein völlig falsches Signal gesetzt: statt das Vertrauen in die Mitarbeiter herauszustreichen wurde ein System geschaffen, durch das Furcht, Argwohn und Misstrauen wachsen. Bespitzelung ist nicht vertrauensbildend!

Fazit

133. Mit immer weniger ExekutivbeamteInnen kann man nicht mehr Sicherheit erzeugen